Nummer 593

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 29. Dezember 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

Deutsche Ruhrgefangene nach der Teufelsinsel!

TU Paris, 29. Dezember.

Wie der „Eclair" mitteilt, sind gestern nachmittag 15 Sträflinge nach St. Martin de Ré gebracht worden. In den nächsten Tagen werden sie von dort nach der französischen Strafkolonie Guyana abtransportiert werden. Unter ihnen befinden sich drei Deutsche, der Ingenieur Adler, ein Geschäftsmann und der Prokurist einer großen Firma aus dem Ruhrgebiet. Alle drei sind von einem Kriegsgericht wegen Sabotageakte an der Ruhr verurteilt worden.

•

Wir hatten schon vor einigen Tagen auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß deutschen Ruhrgefangenen in Frankreich das Schicksal droht, nach Guayana verschleppt zu werden, jener französischen Sträflingskolonie, in der, wie aus einer von uns veröffentlichten Schilderung hervorgeht, die Sträflinge in den Händen verlotterter Aufseher, in käfigartige Kerker gesperrt, einem langsamen, unbeschreiblich qualvollen Tode ausgeliefert sind. Wir hatten mitgeteilt, daß in dem Deportationsgefängnis St. Martin de Ré sich bereits seit Wochen mehrere gefangene Ruhrdeutsche befinden und der Ueberführung in die Malariasümpfe von Guayana harren. Die obige Nachricht besagt, daß sich ihre Zahl um drei Schicksalsgenossen vermehrt hat und daß die Deportation bevorsteht. Diese grauenerregende Mitteilung beleuchtet noch klarer als das Schandurteil des Düsseldorfer Schupoprozesses die wahre Mentalität der französischen Politiker, die nicht davor zurückschrecken, mittelalterliche Grausamkeiten gegen wehrlose Deutsche anzuwenden, die ihnen in die Hände gefallen sind. Der Vorsitzende des französischen Kriegsgerichtes im Düsseldorfer Prozeß sagte in seiner Schlußansprache, er hoffe, daß das zu fällende Urteil zur Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Franzosen beitragen werde. Das zu fällende Urteil — also die französische Politik, denn das Urteil war der Ausdruck der französischen Politik und der Ausdruck des politischen Willens derselben französischen Regierung, die sich jetzt anschickt, ganz im Sinne des Düsseldorfer Urteils auch gegen die Ruhrgefangenen zu verfahren: um „zur Entspannung" beizutragen! Schamlose Verhöhnung durch Frankreich sind wir gewöhnt. Wir nehmen sie einstweilen hin in der Zuversicht, daß andere Zeiten andere Töne erzeugen werden. Angesichts der jetzt vorhandenen Tatsachen aber halten wir es für selbstverständlich, daß die Reichsregierung alles, was in ihren Kräften steht, tun wird, um die Deportation der gefangenen Ruhrdeutschen zu verhindern. Sie kann sich auf die Gewißheit stützen, daß das ganze deutsche Volk in dieser Angelegenheit hinter ihr steht und jede Maßnahme gutheißen wird, die geeignet ist, das Ungeheuerliche abzuwenden. Wir wiederholen: Die Ehre Deutschlands ist mit dem Schicksal der Deutschen in St. Martin de Ré unauflöslich verbunden.

Frankreich setzt die Erziehung Deutschlands zum Haß fort. Die Saat keimt und wird emporschießen.

Dr. J.

Frankreichs Enttäuschung über die deutschen Sozialisten.

Aus der Rede des Abg. Reynauld in der Pariser Kammer tragen wir noch folgende Aeußerungen über den deutschen Sozialismus nach, aus denen die große Enttäuschung über die fehlgegangene französische Spekulation erkennbar ist, mit Hilfe der Sozialdemokratie das deutsche Volk dem Vernichtungswillen Frankreichs gefügig zu machen. Reynauld sagte in seiner Rede:

Die deutsche Demokratie habe ihre Fehler. Ihrem politischen Streben sei kein Aufstreben der Gedanken wie in Frankreich vorausgegangen. Trotzdem müsse man bedauern, daß man Menschen, die „uns so benachbart seien", habe ermorden lassen. (Zurufe rechts.) Wir werden niemals Männer wie Rathenau mit denselben Augen betrachten, wie Leute von der Art Stinnes, deren geheimnisvolle Einwirkungen auf die Demokratie verhängnisvoll sei. Reynauld geht dann auf die Haltung der deutschen Sozialisten über und sagt, sie hätten die deutsche Revolution in der Entwicklung behindert. Die Haltung der sozialdemokratischen Partei im Reichstag habe ihrem Ansehen geschadet, da es sich gezeigt habe, daß sie keinen Führer habe. In der deutschen öffentlichen Meinung habe sie Bankerott gemacht. Die Rentenmark sei eine Schaffung der konservativen Agrarier des Landes, so fährt Reynauld fort, das zeigt, daß die Regierung sich augenblicklich in Händen der äußersten Rechten, nämlich der Agrarier befinde. Die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Ruhrbesetzung war ebenso schwankend gewesen wie gegenüber dem Kriegsausbruch 1914. Der Kronprinz sei nach Deutschland zurückgekehrt, als drei Sozialisten dem Kabinett angehörten, Poincaré ruft dazwischen: „Die ausdrücklich ihre Zustimmung dazu gegeben haben." Reynauld: „Infolgedessen wünsche ich keine Politik, die sich ausschließlich auf der deutschen Demokratie aufbaut." (Sehr gut!) Deshalb muß man eine Verknüpfung der wirtschaftlichen Interessen versuchen, die wohl oder übel auch die beiden Nationen miteinander verknüpfen.

Aber was werde England sagen?

England müsse sich damit abfinden, daß es in einem schmaleren Bett liegt, als in der Zeit des Krieges. Natürlich müsse man ihm seine Märkte in Mitteleuropa wiedergeben, gleichzeitig aber auch gut ausgerüstete Konkurrenten. Aus einem Abkommen mit Deutschland, erklärt Reynauld, müsse das allgemeine Ablommen hervorgehen, das alle Parteien unschließen wird. In diesem Sinne werde das Ruhrgebiet der erste Stein des neuen Gebäudes sein. Im Gegensatz zu den Sozialisten meint der Redner, halte er es mit den Worten Goethes: „Ich ziehe eine Ungerechtigkeit der Unordnung vor." Herriot ruft dazwischen: „Es gibt Idealisten auf der Welt, sowohl in den Vereinigten Staaten wie in England." Reynauld: Für die Sozialisten ist die Ruhrbesetzung ein Verbrechen. Für den Redner und seine Freunde hingegen hat Frankreich einen für sein Bestreben notwendigen Akt vollführt.

Die wichtigste Aufgabe des Prüfungsausschusses.

London, 29. Dezember.

„Times" schreibt in einem Leitartikel, die Untersuchungsausschüsse der Reparationskommission stellten eine neue Anstrengung dar, nach falschen Methoden Vernunft anzuwenden. Daß derartige Ausschüsse in einer Lage wie der jetzigen gebildet werden könnten, sei an sich schon ein großer Gewinn und ein hoffnungsvolles Zeichen. Es sei jedoch unmöglich, irgendwelche endgültigen Schlüsse über die deutschen Finanzen zu ergießen, wenn nicht sicher feststehe, welches die deutschen Einnahmequellen seien. Seien das Ruhrgebiet und das Rheinland ein Teil Deutschlands oder nicht? Könne Deutschland diese reichen Gebiete als einen integralen Teil seines Wirtschaftslebens ansehen, oder muß es ohne sie rechnen? Der größte Dienst, den die Untersuchungsausschüsse leisten könnten, würde sein, der öffentlichen Meinung der Welt einen kühlen und objektiven Bericht über die tatsächliche finanzielle Lage Deutschlands zu geben, die nur durch die Franzosen geschaffen worden sei.

Die amerikanischen Nahrungsmittelkredite für Deutschland.

Paris, 29. Dezember.

In einer offiziösen Mitteilung der Agentur Havas zur Frage der amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland heißt es, daß eine Entscheidung der alliierten Regierungen, an die die Reparationskommission den bezüglichen deutschen Antrag verwiesen habe, noch nicht unmittelbar bevorzustehen scheine. In alliierten Kreisen scheine man im allgemeinen der Auffassung zuzuneigen, daß diese Zuständigkeitsfrage keine sofortige Lösung erfordere, da ja die Reparationskommission unverzüglich das Garantiekomitee mit der Berichterstattung über die Angelegenheit betraut habe. Erst wenn man auf Grund dieses Berichtes über den tatsächlichen Bedarf Deutschlands und seine tatsächlichen Vorräte an Brotgetreide und Speisefett unterrichtet sei, könnten die alliierten Regierungen und die Reparationskommission zweckentsprechend ihre Entscheidung treffen.

Rücktritt Lord d'Abernons?

EE London, 29. Dezember.

„Star" meldet, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, ebenso wie der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, bald seinen Posten verlassen werde. Man rechne höchstens mit einer Tätigkeit von noch zwei bis drei Monaten.

„Schlimmer als der rote Sonntag."

Englische Stimmen zum Düsseldorfer Schandurteil.

London, 28. Dezember.

Die offiziösen Berliner Auslassungen über das französische Urteil im Düsseldorfer Schupo-Prozeß finden in der Presse Beachtung. In einem „Schlimmer als der rote Sonntag" überschriebenen Leitartikel führt „Star" aus, die schändlichen Ereignisse des roten Sonntages in Düsseldorf würden übertroffen durch das Urteil des französischen Kriegsgerichtes über die grüne Polizei. Harte Urteile seien gegen die Führer der Vertretung von Gesetz und Ordnung ausgesprochen worden und die Separatisten, die unter französischer Ermutigung die direkte Ursache der Unruhen waren, seien vollkommen frei ausgegangen. Die Beobachtungen der britischen Augenzeugen ließen keinerlei Zweifel über die wirklichen Tatsachen zu. Die französischen Besatzungstruppen seien zynisch beiseite gestanden, als die Aufrührer entwaffnete Mitglieder der grünen Polizei mit Eisenstangen totschlugen; und jetzt manchten sie den Vertretern von Gesetz und Ordnung den Prozeß, erklärten sie für schuldig und verurteilten sie.

Der diplomatische Berichterstatter des „Star" hebt hervor, daß es für die britische Regierung schwierig sei, irgend eine Aktion zu unternehmen. Die sehr auch die britischen Behörden die Urteile mißbilligen möchten, so würden sie jedoch bei einem Prozeß keinerlei locus standi haben.

In einem Leitartikel sagt „Daily News", wenn Poincaré wirklich ein Einvernehmen mit Großbritannien wünsche, er sich wirklich vor einer Isolierung in Europa fürchte, so dürfe er keine Zeit verlieren, um die ungeheuerlichen Urteile, die in Düsseldorf gefällt worden seien, aufzuheben. Frankreich habe, während es die Polizei entwaffnet habe, die Bewaffnung des verbrecherischen Gesindels gestattet. Jetzt würden die Polizisten statt der Separatisten zu langen Gefängnisstrafen oder zu Ausweisungen verurteilt. Kein Land könne derartige Verbrechen in seinem Namen bestehen lassen, ohne daß es sich vor der Geschichte mit dauernder Schmach bedecke.

•

Amsterdam, 28. Dezember.

„Algemeen Handelsblad" bemerkt zu dem Urteil im Düsseldorfer Schupoprozeß, es habe sich hier um einen rein politischen Prozeß gehandelt, der mit Recht und Redlichkeit nicht das Mindeste zu tun habe. Auch die „versöhnliche Stimme" des Herrn Poincaré, über die einige Länder ihre Freude äußern zu können glaubten, werde durch diesen Rechtsspruch ein bezeichnendes Licht geworfen.

Zürich, 29. Dezember.

Die Schweizer Presse bezeichnet das Urteil im Düsseldorfer Schupoprozeß als unsinnig („Bund") oder als Schandurteil („Berner Tagblatt"). Der „Bund" schreibt dazu: Welcher Geist die französisch-belgischen Militärs in den besetzten Gebieten beherrscht, ist soeben wieder durch das unglaubliche Kriegsgerichtsurteil im Düsseldorfer Prozeß vor aller Welt dokumentiert worden. Es muß um so krasser und provozierender wirken, als es gerade nach dem zweiten deutschen Schritt in Paris und Brüssel gefällt wurde. Diese Antwort, die übrigens auch die Weihnachtsbitte des Papstes in schroffster Weise desavouiert, hätte unter keinen Umständen kommen sollen.

Spanien und das Tangerstatut.

eca Madrid, 29. Dezember.

Das Direktorium veröffentlicht eine Note über das neue Tanger-Statut, in der es heißt: Das Direktorium läßt erklären, daß es nicht glaubt, für Spanien die Stellung erlangt zu haben, die ihm aus historischen und geographischen Gründen und auch durch die Bedeutung der spanischen Kolonie in Tanger zustehe. Das Kommuniqué verteidigt die Arbeit der spanischen Sachverständigen gegen gewisse Vorwürfe und meint, es sei ihnen jedenfalls gelungen, zu einem Entwurf zu gelangen, der von dem ursprünglichen erfolglos verschieden sei. Außerdem müsse man zugestehen, daß der französische Standpunkt von dem französischen Bevollmächtigten ohne Ueberzeugung mit einer gewissen Rücksichtnahme auf Spanien vertreten worden sei. Das Direktorium wird nunmehr über die Schritte entscheiden, die es vor der endgültigen Annahme oder Ablehnung des in Paris ausgearbeiteten Planes zu ergreifen habe. Man dürfe sich in dieser Frage aber keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben, da einerseits Spanien nur eine von drei Stimmen habe und andererseits England und Frankreich sich fast über die Gesamtheit der von Frankreich gemachten Vorschläge einig sind.

Das Attentat in Tokio.

eca Paris, 29. Dezember.

Der „Matin" hat über London aus Tokio unter dem 28. Dezember gemeldet: Infolge des Attentatsversuches auf den Prinzregenten hatte das Kabinett bekanntlich seine Demission eingereicht und der Innenminister Baron Goto hatte die gesamte Verantwortung für das Attentat übernommen. Heute hat sich nun der Prinzregent geweigert, die Demission des Kabinetts anzunehmen; die politische Lage erfährt aber dadurch keine Entspannung. Die Kritiker an dem Finanzminister sind in der Tat sehr zahlreich; es wird erwartet, daß dieser auf seinen Rücktritt beharrt.

Weitere Telegramme bestätigen die gemeldete Identität des Attentäters. Es handelt sich um einen gewissen Nambe, einen Studenten der Universität Waseda, den die Notlage kürzlich gezwungen hat, Handwerker zu werden. Er behauptet Kommunist zu sein, aber keine Verpflichtungen gehabt zu haben.

Nach einer Meldung aus Tokio soll der Attentäter, der Student Nambe, von der Menge vor seiner Verhaftung schwer verletzt worden sein, da ihn die Menge schwer mißhandelt hatte.

Das Schicksal des Luftkreuzers „Dixmuiden".

Paris, 29. Dezember.

Bis jetzt ist im französischen Marineministerium noch keine weitere Mitteilung über das Schicksal des Luftschiffes „Dixmuiden" und seine Besatzung eingetroffen. Man hat jede Hoffnung, daß das Schiff noch aufgefunden und gerettet werden könnte, aufgegeben. Man vermutet, daß die „Dixmuiden" in der Nacht zum 21. Dezember im Golf von Gabes in einen starken Sturm geraten ist. In einem Telegramm des „Matin" aus Algier wird mitgeteilt, daß der meteorologische Dienst von Algier festgestellt habe, daß alle seine Versuche, mit dem Luftschiff in Verbindung zu kommen, seit acht Tagen ergebnislos gewesen sind. Am 20. Dezember habe man das Luftschiff zum letzten Mal im Golf von Gabes steuerlos treibend gesichtet. In der Umgebung von Biskra-Gabes habe ein starker Sturm gewütet, der bis in die Nacht vom 20. zum 21. angehalten hat. Das würde die Vermutung bestätigen, daß das Luftschiff, vielleicht durch einen Blitzstrahl, ins Meer gefallen ist.

Die Bündnispolitik in Osteuropa.

Die französisch-tschechische Allianz.

London, 29. Dezember.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt zu der bevorstehenden französisch-tschechoslowakischen Allianz, der Quai d'Orsay habe niemals in seinem Versuch gerastet, gegenüber Deutschland einen Erfolg für die frühere französisch-russische Allianz zu finden. Die französisch-polnische Allianz sei niemals als für diesen Zweck geeignet angesehen worden. Die Interessen und Bestrebungen Serbiens und besonders Rumäniens lägen in anderen Richtungen. Eine französisch-polnische Allianz würde deshalb geographisch und strategisch gesprochen, die natürliche und unentbehrliche Ergänzung des französisch-tschechischen Bündnisses sein. Die Erklärung, daß, während keine formelle militärische Vereinbarung bestehen solle, die Fühlung zwischen dem französischen und dem tschechoslowakischen Generalstab aufrecht erhalten werden solle, würde verhältnismäßig wenig bedeuten, wenn nicht die Tatsache bestände, daß der Chef des tschechoslowakischen Generalstabes ein französischer General sei und die berühmten Skodawerke jetzt auf tschechischen Boden und in Händen einer französischen Gruppe unter Führung Schneider-Creuzots sich befänden. Der Berichterstatter erklärt, es bleibe abzuwarten, welchen Dienst Prag bereit sei, Paris im Zusammenhang mit einer französisch-russischen Annäherung zu leisten. Der Gedanke, daß die Kleine Entente eine Brücke für diesen Zweck bilde, sei nicht neu. Dem Berichterstatter zufolge kann ein französisch-tschechoslowakisches Bündnis konkrete und interessante Ergebnisse auf verschiedenen Gebieten zur Folge haben. Sie würden bald zum Abspringen Polens zur Kleinen Entente führen können. Die Aussichten, die durch die letzten französisch-tschechoslowakischen Erörterungen eröffnet worden seien, seien unbeschränkt. Eine ihrer Wirkungen könnte sein, daß daß die augenblickliche Tendenz Italiens zu einer neuen Umgruppierung gewisser Mächte sowohl in Mittel- als auch Südeuropa verwirklicht werde.

Berlin, 29. Dezember.

Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal" berichtet über eine Unterredung mit einem Mitglied der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin, über die Aufnahme des französisch-tschechoslowakischen Vertrages durch deutsche Politiker. Die tschechoslowakische Gesandtschaft teilt dazu mit, daß die Meldung des Korrespondenten in allen Einzelheiten erfunden ist.

•

Bulgarien nach den Wahlen und seine Beziehungen zu Südslawien.

Aus Sofia wird uns geschrieben:

Im Auslande hat man wohl nur von der Verteilung der Mandate durch die allgemeinen Wahlen vom 18. November Kenntnis genommen und dadurch den Eindruck von einem gewaltigen Siege der Regierungskoalition, der sogenannten demokratischen Entente, gewonnen. Denn es klingt ja ganz imposant, wenn man hört, daß die Regierungskoalition 199 Mandate erhalten hat, die anderen Parteien zusammen aber nur 48 Sitze, sodaß also die Regierungspartei mehr als vier Fünftel aller Mandate inne hat.

Das Bild stellt sich aber wesentlich anders, wenn man die auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmenziffern miteinander vergleicht. Dann ergibt sich nämlich, daß der Regierungskoalition 639 000 Stimmen zugefallen sind, den Oppositionsparteien aber 430 000. Danach ist hinsichtlich der Zahl der Stimmen das Verhältnis nicht wie bei den Mandaten 4 : 1, sondern nur 3 : 2, also ganz wesentlich ungünstiger für die Regierungspartei. Das Mißverhältnis macht sich ganz besonders zu ungunsten der sogenannten nationalistischen Partei bemerkbar. Diese Partei hat mit rund 130 000 Stimmen etwas mehr als ein Fünftel so viel Stimmen erhalten, als die Regierungskoalition. Ihr sind aber nur 9 Sitze zugefallen gegenüber 199 der Regierungspartei, sodaß sie bei einem Fünftel der Stimmen nur 1/23 der Mandate hat. Die nächstgroße Regierungspartei stärkste Gruppe, die agrar-kommunistische Koalition, hat mit 155 000 Stimmen, also nur 25 000 Stimmen mehr als die nationalliberale Partei, 29 Mandate, also mehr als dreimal soviel als die Partei, die nur um ein Geringes an Stimmenziffern hinter ihr zurückgeblieben ist.

Man sieht daraus, daß die Verteilung der Mandate nicht gerade sehr gerecht ist, vor allem aber, daß, wenn auch die Opposition im Parlament der Regierung nicht viel anhaben kann, die Opposition im Lande umso stärker ist, was sich früher oder später der Regierung sehr unangenehm bemerkbar machen kann.

Für die Festigung der Regierungsmacht wird sehr viel von der Gestaltung der äußeren Politik abhängen. Gelingt es der Regierung, Bulgarien aus unangenehmen Verwickelungen mit den Nachbarstaaten herauszuhalten, und dem Lande dauernden Frieden zu verschaffen, so wird sie dadurch ihre Position festigen, denn der bulgarische Bauer will endlich in Ruhe und Frieden arbeiten und wirtschaftlich wieder vorankommen.

Für die äußeren Beziehungen ist nun vor allem das Verhältnis zu Jugoslawien wichtig, denn mit Serbien hat Bulgarien von je die meisten Reibungen gehabt. Die offiziellen Beziehungen zu Südslawien haben sich nun in letzter Zeit gebessert, denn die diplomatische Spannung zwischen beiden Ländern ist durch den Abschluß der zwischen beiden Regierungen gepflogenen Verhandlungen immerhin gemildert worden. Am Jahrestag des für Bulgarien so ver-